

Kein

Platz

für

Ansicht

4.13

RASSISMUS

Augen öffnen. Alltagsrassismus, unbewusste Vorurteile und rechtsextremistisches Gedankengut sind in der Gesellschaft verankert. Davor die Augen zu verschließen, ist für die Demokratie in Deutschland fatal.



Liebe Leserin, lieber Leser

vor ein paar Jahren stellte der ehemalige Bundesbanker Thilo Sarrazin die Zukunftstauglichkeit Deutschlands infrage, wenn künftig vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund Kinder zeugen und nicht jene deutschstämmiger Herkunft. Ob alle Käufer des Sarrazin-Buches die kruden Thesen und vermeintlichen Belege nachvollzogen haben, sei einmal dahingestellt. Entlarvend war die Reaktion in Teilen der Bevölkerung und mancherorts in der Medienöffentlichkeit. Das werde man doch noch einmal sagen dürfen, so der fast einstimmige Tenor. Genauso wollte Guido Westerwelle Ende 2009 einmal sagen dürfen, dass Arbeitslosengeld-II-Empfänger sich bitte schön mehr anstrengen sollten für ihr angebliches Leben in spätromischer Dekadenz. Gegenwärtig finden führende Politiker das Flüchtlingsdrama im Mittelmeerraum schlimm, aber die Betroffenen mögen bitte nicht nach Europa und Deutschland kommen, um ein vor allem sicheres und menschenwürdiges Leben zu führen. Homosexuelle sollen nicht ausgegrenzt werden, aber müssen sie denn gleich heiraten? Die Beispiele solcher Denkweisen ließen sich fortsetzen. Das unangenehme Moment solcher Argumentationsmuster ist das vermeintliche Verstehen des anderen, aber eigentlich wird es doch abgelehnt und nicht gewünscht. Sicher, der Weg von solch perfiden Ausgrenzungen zu sichtbarem Rassismus und möglichen Übergriffen kann ein weiter sein. Ein solches Denken gibt die Richtung dorthin aber vor. Für die AWO sind seit ihrer Gründung und spätestens nach ihrem Verbot zu Zeiten des NS-Terrors Rassismusbekämpfung, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fragen der Demokratieförderung elementare Ansätze ihres Wirkens. In diesem Sinne erarbeitet derzeit eine Kommission des AWO Präsidiums zukunftstaugliche Konzepte, und so versteht sich auch der inhaltliche Zuschnitt des vorliegenden Heftes. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre und einen geruhsamen Ausklang des Jahres.

Wilhelm Schmidt
Vorsitzender des Präsidiums

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter Kuleba (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer,
München · www.stephanie-roderer.de

Fotografie S. 3, 5 AWO Bundesverband · S. 4
Wißkirchen / DPWW · S. 6 Hagen Frey / hagen-frey.de
S. 7 ADH / Zanettini · S. 9 neubauwelt.com · S. 15 AWO
Kreisverband München e. V. · S. 17 Wolfgang Siesing
S. 19 Gülser Batschkus · S. 21 privat · S. 22 Ute Langkafel

Anzeigen AWO Bundesverband e. V.;
NetworkMedia GmbH
Stresemannstr. 30 · 10963 Berlin
Tel 030/25594-160

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126

Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.



geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126





UMWELT

Charta zur sozial gerechten Energiewende

In einer gemeinsamen Charta fordern Umwelt-, Wohlfahrts- und Sozialverbände von der künftigen Bundesregierung eine gerechtere Verteilung der Kosten der Energiewende und für einkommensschwache Haushalte sozialpolitische Lösungen. Energie- und Sozialpolitik dürften nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Unterzeichner der Charta sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Paritätische Gesamtverband, die Nationale Armutskonferenz, der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Diakonie Deutschland und die Volkssolidarität, der Deutsche Naturschutzring (DNR), die Naturfreunde und die Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Wichtig ist ein konstruktives Zusammenspiel von Umwelt- und Sozialpolitik, wenn die Herausforderungen der Energiewende gemeistert werden. In der Charta des fachübergreifenden Bündnisses sind die zentralen umwelt- und sozialpolitischen Schritte zum Gelingen einer sozial gerechten Energiewende benannt.

 **Ansprechpartner** Steffen Lembke
Tel 030 / 26309240 • Mail steffen.lembke@awo.org

Unsere Erfolge

Büro Leichte Sprache im Netz

Nachdem Teile der Internetpräsenz www.awo.org in Leichter Sprache zur Verfügung stehen, ist jetzt auch das Büro für Leichte Sprache des AWO Bundesverbandes online zu erreichen. Unter leichtesprache.awo.org können Interessierte sich über die Arbeit des Büros informieren und mit dem Büro in Kontakt treten.

 **Weitere Informationen**
<http://leichtesprache.awo.org>

FAMILIE

Müttergenesungswerk stellt sich gesellschaftlichem Wandel

Die AWO begrüßt die Gründung der sogenannten »Zustiftung Sorgearbeit« des Müttergenesungswerkes, denn nun können in einigen der früheren »Mutter-Kind-Kur-Einrichtungen« auch Väter und pflegende Angehörige Hilfe und Unterstützung erhalten. Im Verbund des Müttergenesungswerkes kann die AWO jetzt all jene Menschen mit ihren Angeboten unterstützen, die in ihrer Fürsorge für andere Familienmitglieder selbst krank zu werden drohen oder es schon sind. Dies war bisher aus stiftungsrechtlichen Gründen nicht möglich, weil die Stifterin verfügt hatte, dass die Stiftungsmittel Müttern zugutekommen sollten. Da heute aber zunehmend Väter familiäre Verantwortung übernehmen, wurden Mittel in eine Zustiftung eingebracht. Damit konnte der Satzungszweck erweitert werden. Alle Träger von Mutter-/Vater-Kind-Einrichtungen der AWO haben in diese Zustiftung gespendet, um dies – gemeinsam mit Trägern anderer Wohlfahrtsverbände und Einzelspenden – zu ermöglichen.

 **Ansprechpartnerin** Marion Mikula
Tel 030 / 26309220 • Mail marion.mikula@awo.org



INKLUSION

InklusivKreativ – der Jugendwettbewerb

Im Rahmen ihres gemeinsamen Wettbewerbs »InklusivKreativ« suchen Aktion Mensch und der AWO Bundesverband weiterhin Geschichten, Fotos, Collagen, Blogbeiträge, Audiobeiträge oder Filme zum Thema Inklusion. Mitmachen können Kinder von 10 – 13 Jahren und Jugendliche von 14 – 18 Jahren. In diesen Kategorien können Textbeiträge (Blogbeitrag, Erfahrungsbericht, Reportage, Essay), Bilder (Foto, Wandzeitung, Plakat, Collage, PowerPoint-Präsentation) oder Filme (Kurzfilm, Clip; maximale Länge 5 Minuten) eingereicht werden.

 **Ansprechpartnerin** Berit Gründler
Tel 030 / 26309445 • Mail berit.gruendler@awo.org

 **Weitere Informationen** www.inklusivkreativ.de

»Wir fordern
Vereinbarkeit von
Beruf und Familie!«



Laut AWO-Sozialbarometer vom Oktober 2013 stimmen 76 Prozent der Befragten dafür, dass Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren sind.

 **Weitere Informationen**
www.awo-sozialbarometer.org

ALTER

Grundsicherung im Alter

Die AWO fordert angesichts aktueller Daten des Statistischen Bundesamtes eine Anhebung des Rentenniveaus. Demnach stieg die Zahl der Empfänger einer Grundrente im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Prozent. Fast eine halbe Million Ältere sind auf das Sozialamt angewiesen. Dazu kommt, dass sehr viele Menschen, die eigentlich einen Anspruch auf die Grundsicherung im Alter hätten, diesen Anspruch nicht wahrnehmen. Die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung zu stoppen, ist eine Rentenreform, in deren Mittelpunkt die Anhebung des Rentenniveaus steht. Ohne eine Rentenreform droht in ein paar Jahren Millionen Rentnern der Gang zum Sozialamt.

Seit 2003 steigt die Zahl der Grundsicherungsempfänger kontinuierlich. Da die Renten seit Jahren sinken, ist besonders die zukünftige Entwicklung besorgniserregend. Rentner hatten in den letzten Jahren spürbare Kaufkraftverluste, seit 2004 um rund zwölf Prozent im Westen und rund acht Prozent im Osten. Zudem müssen sich künftige Rentnergenerationen auf immer niedrigere Renten einstellen. Grund dafür ist die anhaltende Niedriglohnpolitik, die Ausweitung atypischer Beschäftigung sowie die Abkehr vom Prinzip der Lebensleistungssicherung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Unter dieser Entwicklung leiden auch die öffentlichen Haushalte, denn die Grundsicherung im Alter ist steuerfinanziert.


 **Ansprechpartner** Joß Steinke
Tel 030 / 26309201 • Mail joss.steinke@awo.org

MIGRATION

Kita-Finanzierung ist grundlegend zu ändern

»Das heutige System der Kita-Finanzierung ist ungerecht, unterfinanziert und nicht mehr zeitgemäß. Es stammt aus einer Zeit, in der in Westdeutschland Kita-Betreuung eher die Ausnahme als die Regel war«, erklärte der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler anlässlich einer Pressekonferenz des AWO Bundesverbandes zum Thema »Ungerechte Kita-Finanzierung – Mehr Verantwortung für den Bund«. »Die bisherige Kita-Finanzierung muss geändert und die Kommunen dadurch entlastet werden«, ergänzte Prof. Dr. Stefan Sell, der im Rahmen der Pressekonferenz ein neues Modell zur Kita-Finanzierung präsentierte.

Die Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz führte dazu, dass sich die meisten Kommunen auf den quantitativen Ausbau, nicht aber auf die Betreuungsqualität konzentriert haben. Dies brachte unterschiedliche Betreuungsverhältnisse in den einzelnen Bundesländern. Die AWO und Sell fordern deshalb eine vom Wohnort unabhängige Sicherstellung von qualitativ guter Kinderbetreuung. Des Weiteren wird vom zukünftigen Bundesministerium ein Aktionsplan gefordert, der den stark angestiegenen und noch weiter ansteigenden Bedarf an pädagogischen Fachkräften sicherstellt. Der AWO Bundesvorsitzende Stadler fordert zudem, dass die zukünftige Bundesregierung »schnellstmöglich einen Qualitätsgipfel einberuft. Hierbei sind neben den Ländern auch die kommunalen Spitzenverbände und die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zu beteiligen, die gut zwei Drittel aller Betreuungsplätze anbieten. Am Ende eines solchen Dialogs muss ein Qualitätsgesetz oder ein Abkommen stehen, womit die Qualität der Betreuungsangebote sichergestellt wird.«

 **Ansprechpartner** Matthias Ritter-Engel
Tel 030 / 26309170 • Mail matthias.ritter-engel@awo.org



AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler (r.) und Prof. Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz in der Bundespressekonferenz zu Berlin.



WOHLFAHRTSMARKEN

Weihnachtsmarke 2013

Weihnachtsmarken gibt es in Deutschland seit 1969. Die Marken mit den christlichen Motiven werden immer wieder gerne rund um Weihnachten auf Karten und Briefe geklebt – eine Tradition, die auch heute, in der Zeit der digitalen Kommunikationswege, noch ihren Wert hat. Die Marken werden mit einem Zuschlag zugunsten der Freien Wohlfahrtspflege verkauft. Die Erlöse fließen in Projekte von AWO, Caritas, Diakonie Deutschland, DRK, Paritätischem und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Die Weihnachtsmarke 2013 wurde von der Künstlerin, Designerin und Illustratorin Kitty Kahane gestaltet. Sie bemalt – unter anderem – Geschirr, Stoffe, Stühle und Alltagsgegenstände mit fantasievollen, märchenhaften Figuren und illustriert Bücher.

Ansprechpartnerin Berit Gründler

Tel 030 / 26309445 • Mail berit.gruendler@awo.org

Weitere Informationen www.wohlfahrtsmarken.de

PFLEGE

Neue Informationsblätter AWO-Pflegeberatung

Wer sich noch nicht mit dem Thema Pflege befasst hat, braucht eine Informationshilfe. Oftmals ergeben sich auch erst in der Reflexion eines Beratungsgesprächs konkrete Fragen. Dafür erarbeitete die AWO Informationsblätter, die pflegenden Angehörigen und Betroffenen ermöglichen, Beratungsinhalte in aller Ruhe zu Hause nachzulesen.

Die Materialien geben Informationen und Antworten auf Fragen wie zum Beispiel:

- Wie erhalte ich Leistungen der Pflegeversicherung?
- Wer unterstützt mich bei der Pflege, wenn ich Urlaub brauche?
- Wie kann ich Beruf und Pflege vereinbaren?
- Wie unterstützt mich die Pflegeversicherung bei der Pflege zu Hause?

Die AWO bietet seit mehreren Jahren erfolgreich Pflegeberatung telefonisch, online und vor Ort an. Kostenlos erhalten pflegende Angehörige Beratung rund um das Thema Pflege und Altern. Aber auch pflegebedürftige Menschen und weitere Interessierte wenden sich mit ihren Pflegefragen an die Experten der AWO.

Weitere Informationen

www.awo-pflegeberatung.de

www.awo-pflegeberatung-online.de

Wussten Sie, ...

... dass Prof. Dr. Egon Bahr am 13. Dezember 2013 den Heinrich-Albertz-Friedenspreis durch das Präsidium der Arbeiterwohlfahrt verliehen bekommt?



Bundesminister a. D. Egon Bahr wird insbesondere für seine Verdienste um die Bewahrung des inneren Friedens in Deutschland und sein historisches Wirken für die Annäherung zwischen Ost und West geehrt.

Unsere Forderungen

Mit Blick auf Fragen von Armutsgefahren in Deutschland und Europa fordert die AWO von der künftigen Bundesregierung

- eine Legislaturperiode im Namen der sozialen Gerechtigkeit;
- die Stärkung des Sozialstaats;
- eine aktive Sozialpolitik;
- qualitativ hochwertige Angebote in den Bereichen Bildung und Gesundheit.

Würde etwa die Finanztransaktionssteuer in ganz Europa umgesetzt werden, könnte vor allem die Armut in Europa wirksam bekämpft werden. Die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland und Europa muss in jedem Falle mit allen Mitteln verhindert werden.



Helfen Sie!

Um Menschen auf den Philippinen schnell und effektiv zu helfen, bitten wir Sie um Ihre Spende mit dem Stichwort »Taifun Haiyan«.

Vielen Dank!

AWO International
Spendenkonto 10 11 12
BfS 100 205 00

Die Küstenstadt Tacloban
wurde fast vollständig zerstört.

AWO INTERNATIONAL

Taifun Haiyan

Der Wirbelsturm Haiyan hinterlässt gewaltige Zerstörungen auf den Philippinen. Allein in der Provinz Leyte sind nach Angaben der Behörden mindestens 10.000 Menschen ums Leben gekommen. In der Küstenstadt Tacloban sind 80 Prozent der Gebäude zerstört, ganze Landstriche wurden verwüstet. Millionen Menschen sind dringend auf Hilfe angewiesen. AWO International hat umgehend 20.000 Euro aus dem Nothilfefonds zur Verfügung gestellt und wird gemeinsam mit der Partnerorganisation HelpAge Soforthilfemaßnahmen in den betroffenen Gebieten durchführen, um den Menschen in Not zu helfen. Dringend benötigt werden Nahrungsmittel, Medikamente, Wasser, Zelte und Material für Notunterkünfte. In der ersten Phase sollen etwa 95.000 Menschen erreicht werden. AWO International ruft zu Spenden auf, um den betroffenen Menschen auf den Philippinen zu helfen.

 **Ansprechpartnerin** Ingrid Lebherz

Tel 030 / 25292772 · **Mail** ingrid.lebherz@awointernational.de

 **Weitere Informationen** www.awointernational.de

Rumoren in Deutschland

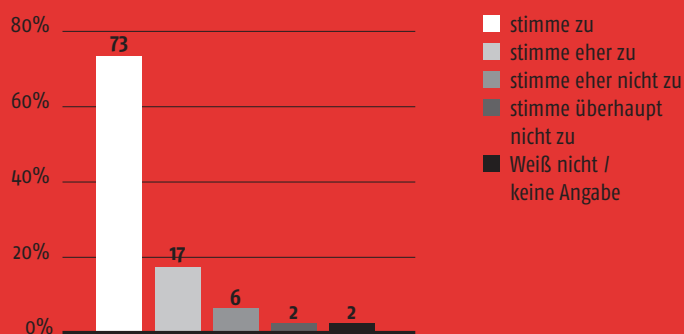
Es rumort stärker, als man denkt, in Deutschland. Unter dem Titel »Die Mitte im Umbruch« hat 2012 ein Autorenteam für die Friedrich-Ebert-Stiftung rechtsextreme Einstellungen in Deutschland aufgezeigt. Die hier abgedruckten Zahlen zeigen erschreckend deutlich, wie skeptisch nicht deutschstämmige Menschen betrachtet und abgelehnt werden. Überfremdungsängste, Angst vor Arbeitsplatzkonkurrenz und Missgunst bei Fragen sozialstaatlicher Leistungen für »Ausländer« sind besonders augenfällig. Wenn diese vorhandenen Einstellungen von politisch Verantwortlichen aus der demokratischen Mitte der Gesellschaft bewusst durch undifferenzierte Aussagen wie »Arbeits- und Ausbildungsplätze zuerst für deutsche Arbeitneh-

mer« bedient werden, schürt dies weitere Ängste und vertieft die ablehnende Haltung gegenüber dem anderen.

Wahrscheinlich wird auch Deutschland noch von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht werden. Vielleicht nicht in dem gravierenden Maße wie in den Ländern Südeuropas, aber ausreichend genug, um ökonomische und soziale Verlust- und Abstiegsängste in großen Teilen der Bevölkerung zu verstärken. Dies verlangt umso dringender eine Politik, die derlei Sorgen ernst nimmt und nicht blind Gesetzmäßigkeiten der Wirtschafts- und Finanzwelt folgt. Demokratie und Sozialstaat ist nicht Markt und Ökonomie. Dies muss deutlicher denn je von demokratisch Verantwortlichen formuliert werden.

AWO SOZIALBAROMETER

Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen:
Die zukünftige Bundesregierung sollte gegen unsichere Beschäftigungsverhältnisse vorgehen.



Quelle: AWO Sozialbarometer 10 / 2013

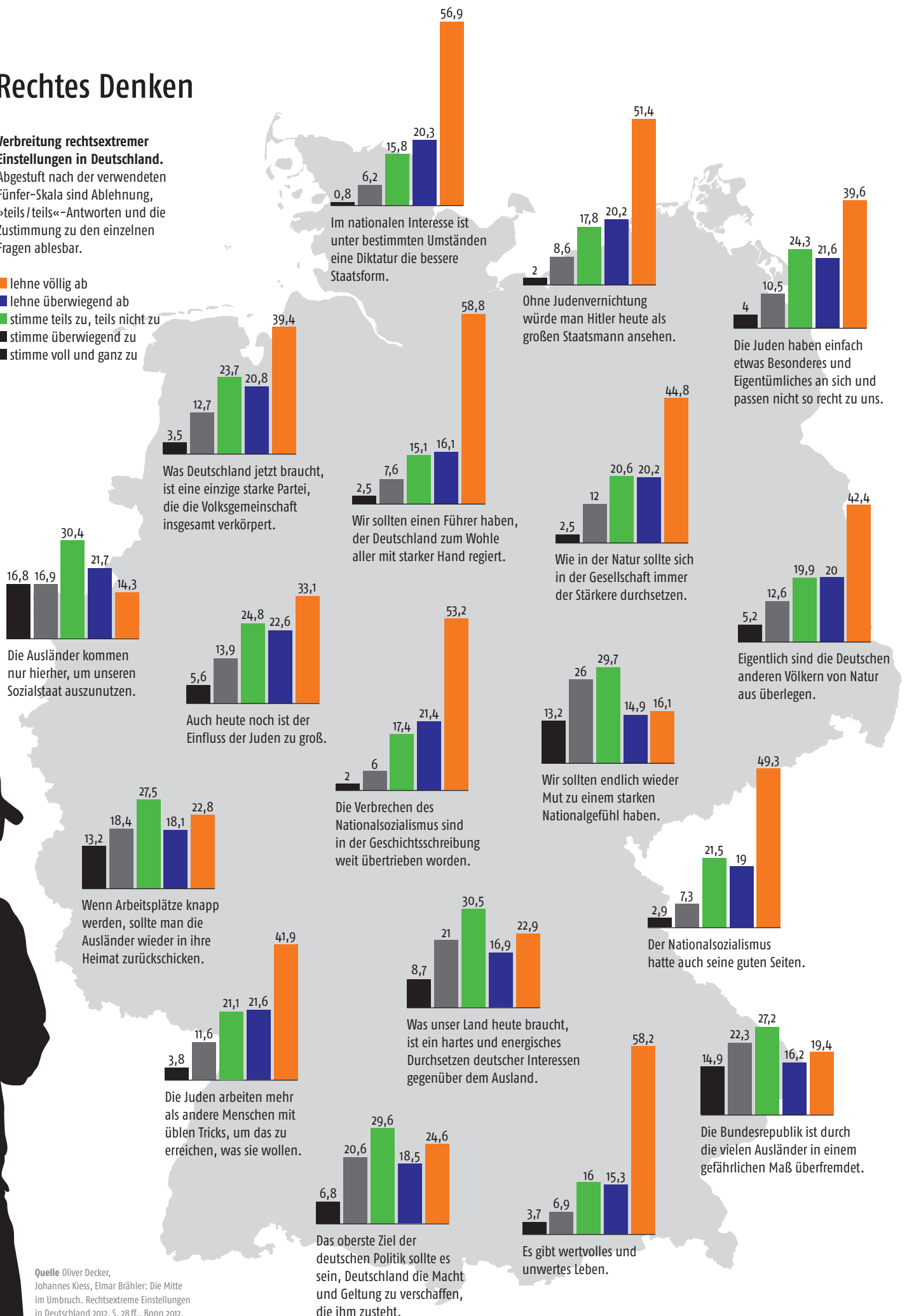
Das AWO-Sozialbarometer fragt einmal im Quartal nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest.

🌐 **Weitere Informationen** www.awo-sozialbarometer.org

Rechtes Denken

Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland.
Abgestuft nach der verwendeten Fünfer-Skala sind Ablehnung, »teils / teils«-Antworten und die Zustimmung zu den einzelnen Fragen ablesbar.

- lehne völlig ab
- lehne überwiegend ab
- stimme teils zu, teils nicht zu
- stimme überwiegend zu
- stimme voll und ganz zu



Quelle: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, S. 28 ff., Bonn 2012.

DIALOG

AWO THEMA

Bewusstsein in allen Ins

Wer offen ist, kann mehr erleben

Soziale Gerechtigkeit

Die Perspek

Diskussion und Konfrontation mit fe

Vielfalt

Einfall

Toleranz ist ein Weg aufeinander zu

Bürgersch

Köpfe frei

ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE

Gesellschaft mitgestalten

Meinungen

Demokratie schafft Raum zum Handeln

Z

tanzen schaffen

Kritisch denken

Hinschauen

ERZIEHUNG ZUR TOLERANZ

tive wechseln

Tatkräftiges Engagement

stgefahrenen Denkmustern

Offenheit

statt

t

Hinsehen statt abwenden

Verschiedene Untersuchungen belegen: In Deutschland nehmen Rassismus, Intoleranz gegenüber dem anderen und Fremden zu; rechtsextremistisches Gedankengut erfährt wachsende Zustimmung. Hysterischer Alarmismus ist sicher fehl am Platze. Es geht aber darum, genauer hinzusehen, die Gefahren zu erkennen und zu benennen. Jene demokratischen Kräfte, die Rassismus, Ausgrenzung und Rechtsextremismus bekämpfen, müssen gestärkt werden.

haftliches Engagement

Respekt schaffen

Gesicht zeigen

Mitbestimmen

austauschen

GRENZEN ÜBERWINDEN

zukunfts Chancen für junge Menschen

Werte leben

Warum Rassisten nicht nur die anderen sind

Der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist ein ureigenes Thema für die AWO, auch und vor allem aufgrund der eigenen Erfahrungen während des Nationalsozialismus. Damals wurde die Organisation verboten, Mitglieder wurden verhaftet und in Konzentrationslagern ermordet. Es ist für die AWO selbstverständlich, das gesellschaftspolitische Engagement im Kampf gegen Ausgrenzung, Rassismus und Rechtsextremismus zu stärken.

Autor Resa Memarnia

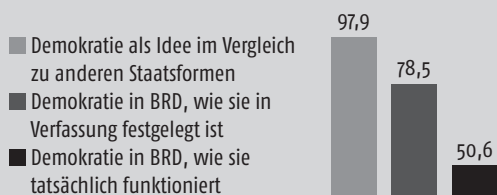
Die Mehrzahl der Menschen in Deutschland lehnt eindeutig erkennbare rechtsextreme Einstellungen und Handlungen ab. Gerade wenn es sich um Gewalttaten handelt, ist die Position der Mehrheitsgesellschaft eindeutig: Kein Platz für Nazis! Bei Wahlen scheitern rechtsextreme Parteien regelmäßig und deutlich an der 5-Prozent-Hürde. Dennoch gibt es Anlass zur Sorge. Allzu oft werden Rechtsextremismus und Rassismus gar nicht als solche erkannt. Rassistische Meinungen, so denken viele, haben doch nur Menschen vom rechtsextremen Rand. Dabei sind Rassismus und unbewusste Vorurteile längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Rassismus ist kein Randphänomen

Wissenschaftler verzeichnen seit Jahren ein stetes Ansteigen menschenfeindlicher bis rassistischer Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft – wie etwa in der von der Friedrich-Ebert-Stiftung 2012 veröffentlichten Studie »Die Mitte im Umbruch«. Danach wird zum Beispiel der Aussage »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen« von rund 34 Prozent der Befragten zugestimmt. Ganz aktuell ist die Untersuchung der Universität Osnabrück zu Ressentiments von Studierenden gegenüber Minderheiten. Die Ergebnisse sind alarmierend: So stimmen mehr als 60 Prozent der befragten Studierenden der Aussage zu, dass »Deutsche Frauen keine Muslime heiraten sollten«. Der Aussage »Ohne Ausländer gäbe es in Deutschland weniger Probleme« stimmen mehr als 50 Prozent zu.

Diese Beispiele machen deutlich, dass Rassismus kein Randphänomen unserer Gesellschaft darstellt, weder politisch noch auf das Bildungsniveau bezogen. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass sich, bis auf einige Ausnahmen, keiner der Befragten selbst als rassistisch einstufen würde. Rassisten sind doch immer die anderen. Aus diesem Grund werden rassistische Denkmuster auch nicht als solche erkannt und können eben nicht thematisiert und reflektiert werden. Genau das aber ist nötig. Um unbewusste Vorurteile aufzubrechen, müssen sie thematisiert werden. Die Gesellschaft muss Räume dafür schaffen, in denen wir uns mit dem brisanten Thema sachlich und nüchtern auseinandersetzen. Das ist indes keine leichte Aufgabe. Offene Debatten über Rassismus, zumal den im eigenen Kopf, sind oft schambehaftet, auch wegen der deutschen Geschichte.

ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE 2012



Die generelle Zustimmung zur Demokratie als Staatsform ist nach wie vor erfreulich hoch. In der Frage danach, wie Demokratie tatsächlich funktioniert, ist die Hälfte der Befragten skeptisch. Demokratie lebt von einer vitalen Beteiligung und den entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger. Umso bedeutsamer wird es sein, die Demokratiekompetenz der Menschen konsequent zu fördern.

Quelle: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, S. 57ff. Bonn 2012.

Fragen stellen

SICHERE LEBENSPERSPEKTIVEN

Tatkräftiges Engagement

BUNTE WELT

BETEILIGUNG AN POLITISCHEN PROZESSEN

Gleiche Rechte für alle

Gemeinsam erleben

Wir

Solidarität

»Wir« und »die«

Dabei treten rassistische Einstellungen offen auf. Sei es in Witzen, etwa über vermeintliche Nationalcharaktere, oder in abfälligen Bemerkungen über »Asylanten«. Oder sogar durch gut gemeinte Feststellungen wie »Sie sprechen aber gut Deutsch!« gegenüber jemandem, der in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, aber äußerlich als Mensch mit Migrationshintergrund wahrgenommen wird. Rassismus ist allgegenwärtig. Menschen mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Migrationshintergrund sind ständig damit konfrontiert. Das bedeutet nicht, dass diese Menschen tagtäglich bewusst beleidigt und angegriffen werden. Ohne – in der Regel – böse Absicht wird eine klare Einteilung in »wir« und »ihr« vorgenommen. Wir Deutschen auf der einen Seite, ihr Ausländer, Zugereisten, Einwanderer oder wie auch immer Andersartigen auf der anderen Seite. Rechte Gewalttäter fühlen sich in einem solchen Klima ermutigt, ihre menschenverachtenden Taten zu begehen, weil sie davon ausgehen, dass sie nur die ausführende Kraft einer zustimmenden Mehrheit darstellen. Das ist die große Gefahr. Es gibt bereits jetzt (Stand: Oktober 2013) ein Drittel mehr rechte Gewalttaten auf Asylbewerberheime und körperliche Angriffe als im letzten Jahr.

Es gibt bereits viele Projekte und Initiativen unter dem Dach der AWO gegen Rassismus (einige Beispiele dafür finden Sie in diesem Heft). Das Präsidium hat die »Kommission gegen Rechtsextremismus« ins Leben gerufen. Es wurden wichtige Beschlüsse bei der Bundeskonferenz zum Kampf gegen Rassismus gefasst. Wir als AWO werden weiterhin wach sein und auch in unserem Verband das Bewusstsein zur Bekämpfung von menschenfeindlichen Einstellungen stärken, um so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. ♥

☎ **Ansprechpartner** Wolfgang Barth
Tel 030 / 26309240 · Mail wolfgang.barth@awo.org

☎ **Ansprechpartner** Resa Memarnia
Tel 030 / 26309467 · Mail resa.memarnia@awo.org

Dortmund gegen rechts

Autorin Anja Butschkau



Unter dem Motto »Vielfalt statt Einfalt« stehen beim AWO Unterbezirk Dortmund vielfältige Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Insbesondere seit 1998, dem Jahr, als nach langer Zeit wieder die ersten Aufmärsche rechtsextremer brauner Kameradschaften in Dortmund erfolgten, engagieren sich ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeitende gemeinsam gegen rechts.

Im Jahr 2009 gründeten 16 Mitarbeitende und Mitglieder der AWO Dortmund Pro-Dortmund e.V. Es war jene Zeit, als sich nach dem Vorbild der rechtspopulistischen Bewegung »Pro Köln« in einigen Städten weitere Pro-Gruppen gründen wollten. Die AWO Dortmund konnte so die Etablierung von Ablegern der Pro-Bewegung in der Stadt Dortmund verhindern; die Internetdomäne wurde unter www.pro-dortmund.de besetzt und der Name durch den Vereinsstatus geschützt. Zweck des Vereins ist die Förderung des demokratischen Bewusstseins. Der Verein setzt sich für ein friedliches Zusammen-

leben aller in Dortmund lebenden Menschen ein, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Nation und ihrer religiösen Beziehung. Pro-Dortmund e.V. ist partei- und gruppenübergreifend. Im Mittelpunkt steht die öffentliche Information und Aufklärung über fremdenfeindliche und neofaschistische Aktivitäten in Dortmund. Es gibt eigene Veranstaltungen und die Arbeit lokaler Bündnisse gegen Fremdenfeindlichkeit wird personell, ideell und finanziell unterstützt. Den Vorstand bilden ehren- und hauptamtliche Führungskräfte der AWO Dortmund, darunter Gerda Kieninger, MdL und Vorsitzende des AWO Unterbezirks Dortmund, und der Geschäftsführer Andreas Gora. Der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau gehört dem Verein ebenfalls an. ❤

Ansprechpartnerin Anja Butschkau, AWO Unterbezirk Dortmund
Tel 0231 / 9934310

Weitere Informationen www.awo-dortmund.de und www.dortmunder-manifest.de

Demokratieförderung in Thüringen

Autor Dirk Gersdorf



Wie reagiert man als Erzieherin, wenn ein Kita-Kind ein T-Shirt mit dem Aufdruck »Kleiner Germane« trägt? Die Eltern ansprechen oder nichts tun? Was tun, wenn Nazis verdeckt versuchen, die örtliche Begegnungsstätte zu mieten, oder Rechte gegen ein geplantes Flüchtlingsheim mobilisieren? Seit Anfang dieses Jahres befasst sich die AWO Thüringen im Rahmen des Projektes »Rechts geht's lang? Nicht mit der AWO! Ausbau demokratiefördernder Strukturen in der AWO Thüringen« mit diesen Themen. Unterstützt wird das Projekt durch das Bundesprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern sowie durch das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

»Das alte Bild der Nazis ist mittlerweile überholt«, so Projektmitarbeiterin Melanie Morawa. In den letzten Jahren habe eine »Modernisierung« der rechten Szene stattgefunden, die es mitunter schwer macht, eine Zuordnung nur aufgrund von Äußerlichkeiten zu treffen. »Außerdem beobachten wir mit Erschrecken eine gewisse Gewöhnung in der Mitte

der Gesellschaft.« Das drückt sich zum Beispiel in der Duldung von Schmierereien, der mangelnden Auseinandersetzung mit der Thematik und einem häufig anzutreffenden latenten Alltagsrassismus aus. Hinzu kommt, dass Neonazis gezielt dort eindringen, wo sich andere zivilgesellschaftliche Akteure zurückziehen oder wegschauen. Gerade in ländlichen Regionen sei das ein Problem.

Dieser Entwicklung will sich die AWO Thüringen entgegenstellen. Bis Ende 2014 sollen Mitarbeitende und ehrenamtlich Aktive in allen AWO-Einrichtungen durch Schulungen sensibilisiert und gestärkt werden. Außerdem werden in den verschiedenen Regionen Multiplikatoren ausgebildet. Auch Handreichungen und Argumentationshilfen zum Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen sind geplant. ❤

Ansprechpartnerinnen Melanie Morawa und Nadja Körner
Mail awo-toleranz@awo-thueringen.de

Weitere Informationen www.awo-toleranz.de

Selbstbewusste Jugend bei der AWO in München

Autorinnen Assia Grassl-Boushaba
und Margarete Lohbihler-Bender

Aktuell kommen viele minderjährige unbegleitete Flüchtlinge aus Syrien in der Sammelunterkunft in der Bayernkaserne in München an. 15-jährige Jungs, dem Krieg entkommen und froh, endlich in Deutschland zu sein. Vor Ort treffen sie auf junge Männer aus dem Irak und aus Afghanistan, die vor einigen Jahren ebenfalls als minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in München gestartet sind und die ihnen heute mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die Vorgeschichte

2010 wurde mit circa 20 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein interkulturelles AWO Jugendwerk ins Leben gerufen. Diese Jugendlichen sollten in die Lage versetzt werden, sich selbst zu organisieren. Mit Unterstützung des AWO Landesjugendwerks Bayern und der engagierten Begleitung einer Pädagogin vor Ort lernten die Jungs aus Afghanistan, aus dem Irak oder Ghana die Möglichkeiten und Ressourcen einer Jugendverbandsstruktur kennen. So konnten sie 2010 an einem Zeltlager teilnehmen; außerdem wurde ein soziales Kompetenztraining zur Festigung der Gruppe organisiert. Acht Flüchtlinge waren schließlich motiviert, an einer Jugendleiterausbildung teilzunehmen, um das nötige Know-how für eigene Aktivitäten im Jugendverband zu erwerben. In einem Kompaktseminar wurden sie mit pädagogischen Inhalten, dem Jugendschutzgesetz, den Strukturen der Jugendarbeit in Bayern, Grundsätzen der Projektarbeit, Fördermöglichkeiten und Methoden für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vertraut gemacht.

Befähigung der Flüchtlinge

Das Zeltlager bot die Möglichkeit, auch deutsche Jugendliche kennenzulernen. Die jungen Flüchtlinge mussten sich mit völlig anderen Meinungen und Interessen der deutschen Jugendlichen auseinandersetzen, ein wichtiger Schritt, das ersehnte und oft so fremde Deutschland besser zu verstehen.

Nach und nach entschloss sich die Gruppe der ausgebildeten Jugendleiter, die Arbeit des AWO-Präventionsprojektes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ehrenamtlich zu unterstützen. Außerhalb ihrer



Der Vorstand des AWO Kreisjugendwerks München-Stadt.
Hintere Reihe (v.l.n.r.): Meraj Nazarian, Fahad Al-kabchi,
Hossein Ebrahimzade, Abdul-Rahmann Heidary.
Vorne (v.l.n.r.): Lamin Mane, Yosefi Hassan.

Schul- und/oder Berufsausbildung treffen sie sich seitdem regelmäßig mit Flüchtlingen, die neu in München angekommen sind. Sie helfen beim Übersetzen, ermutigen zum Sprechen in der neuen Sprache, organisieren Freizeitaktivitäten und erklären immer wieder am Beispiel ihrer eigenen Geschichte, wie man Fuß fassen, wie man Schwierigkeiten meistern und wie man sich gegen rassistische Sprüche wehren kann. Im Dezember 2012 wurde erstmalig auf der Kreisjugendkonferenz ein Vorstand aus den Reihen der Flüchtlinge für das Kreisjugendwerk München gewählt. Seit einigen Monaten organisiert die Gruppe selbstständig erlebnispädagogische Seminare und ein umfassendes Informationsprogramm für neu angekommene junge Flüchtlinge etwa zu den Themen Schule, Ausbildung, Berufe, Aufenthaltsrecht, Jugendstrafrecht. ♥

☎ **Ansprechpartner** Fahad Al-kabchi,
Kreisjugendwerk der AWO München-Stadt
Tel 0176 / 31689436 · Mail fahadalkabchi@yahoo.de

Sachliche Analyse statt folgenlosem Alarmismus

Was sind Ursachen, Gefahren und Folgen von Rechtsextremismus? Wie damit umgehen? Ein Gespräch dazu mit Toralf Staud. Er analysiert seit vielen Jahren Denken und Praxis der rechten Szene.

Interview Peter Kuleßä

Herr Staud, wird das Thema Rechtsextremismus in Deutschland nach wie vor unterschätzt?

STAUD Ich fürchte, ja. Dies steht sicher in einem gewissen Widerspruch zu der häufig sehr aufgeregten Debatte um das Thema. In Deutschland wird entweder hysterisch oder gar nicht über Rechtsextremismus geredet. Bei großen Ereignissen, bei schlimmen Überraschungen, etwa nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie, reden alle Leute aufgeregt, sind auch ehrlich erschüttert. So groß die Aufregung, so schnell verschwindet das Thema aber auch meist wieder in der Bedeutungslosigkeit.

Das Frappierende dabei: Bei anderen öffentlichen Debatten, etwa um die Gesundheitsreform oder zum Arbeitsmarkt, gibt es einen Debattenstand, an dem selbst nach einer Debattenpause weiterdiskutiert werden kann. Beim Thema Rechtsextremismus muss man jedoch wieder von vorne anfangen. Es gibt immer wieder die Frage, ob es nun Einzeltäter sind. Oder es wird erneut ein Verbot der NPD diskutiert. Evergreens sozusagen, die immer wieder kommen, die Debatte allerdings nicht konstruktiv voranbringen.

Dabei wird durch das häufig dreiste Auftreten der Rechtsextremismus für alle, also auch für politisch Verantwortliche, immer sichtbarer.

»Ja, der Rechtsextremismus wird sichtbarer. Nur sind die Konsequenzen, die man ziehen müsste, und die Maßnahmen, die für eine sinnvolle politische Bearbeitung des Problems nötig wären, zu unbequem.«

STAUD Ja, der Rechtsextremismus wird sichtbarer. Nur sind die Konsequenzen, die man ziehen müsste, und die Maßnahmen, die für eine sinnvolle politische Bearbeitung des Problems nötig wären, zu unbequem.

Zum Beispiel?

STAUD Als Politiker in einer Kleinstadt etwa müsste man sich hinstellen und bei Demonstrationen gegen Asylbewerberheime erkennbar Grenzen ziehen. Zum Beispiel sagen: »Stopp, Leute, das gehört sich nicht!« Meinetwegen auch offensiv patriotisch argumentieren: »Was ihr macht, ist undeutsch – ein guter Deutscher gibt politisch Verfolgten Asyl.« Sicher, es gibt Beispiele dafür, wo Bürgermeister dies so gemacht haben. Dort hat sich die Stimmung, vor allem in Kleinstädten, signifikant geändert.

Viele Politiker versuchen jedoch, um eine klare Position herumzukommen, weil sie vermuten, dass auch unter ihren potenziellen Wählern rassistische, menschenfeindliche, antisemitische, sexistische, homophobe Vorurteile verbreitet sind, und sie diese Wählergruppen nicht verschrecken möchten. Sie bedienen also lieber implizit ihre Wählerklientel, als konstruktiv und erkennbar rassistische Vorurteile anzugehen.

Wo wird der Rechtsextremismus dreister und präsenter?

STAUD Vor allem in Ostdeutschland.

In westdeutschen Städten wie Dortmund aber doch auch, oder?

STAUD Ja, Dortmund ist ein Beispiel dafür, wie Rechtsextremisten sich auf der Gewinnerstraße fühlen, solange eine Stadt das Thema nicht ernst nimmt. Die Szene der Autonomen Nationalisten, die sich in Dortmund seit etwa 2005 etabliert hat, wurde lange



Toralf Staud

Toralf Staud ist freier Journalist und Autor. Er war leitender Redakteur beim Portal netz-gegen-nazis.de und von 1998 bis 2005 Politikredakteur der ZEIT.

Zeit totgeschwiegen. Die Lokalzeitungen zum Beispiel versuchten, das Thema nicht in den Vordergrund zu rücken – »es nicht hochzuschreiben«, wie es damals hieß. Die Stadtverantwortlichen dachten und hofften, dass es sich schon irgendwie von selbst erledigen werde. Dies hat jedoch nur dazu geführt, dass sich die rechte Szene organisieren konnte und den Stadtteil Dorstfeld als ihre »national befreite Zone« ansah.

Das Beispiel Dortmund zeigt dann aber auch, was passiert, wenn es eine entschlossene Reaktion von politisch verantwortlicher Seite und aus der Zivilgesellschaft heraus gibt. Wendepunkt waren gewalttätige Übergriffe von Nazis anlässlich der 1. Mai-Demo des DGB im Jahr 2009. Zuvor waren zum Beispiel Punks die Opfer rechter Gewalt – doch nun fühlte sich plötzlich auch die sogenannte Mitte der Gesellschaft getroffen und merkte, hoppla, wir haben hier ein richtiges Problem. 2012 verbot die Polizei schließlich die örtliche Neonazi-Kameradschaft. Das führte zwar nicht dazu, dass die Kader verschwanden, aber es hatte zur Folge, dass dieses offene Machtausüben auf den Straßen weniger geworden ist. Dortmund

»Die Defizite, die sich Staat oder Zivilgesellschaft leisten, die werden von gut organisierten Nazis knallhart ausgenutzt.«

zeigt: Lokale Erfolge von Rechtsextremisten hängen natürlich von den Fähigkeiten der dort aktiven Rechtsextremisten ab – mindestens genauso sehr aber auch von der Reaktion der Gesellschaft und der staatlichen Behörden. Oft gibt es Regionen, wo Rechtsextremisten dreist und selbstbewusst auftreten. Dies liegt dann häufig zu einem Großteil daran, dass dort die staatlichen Stellen, aber auch die Zivilgesellschaft schwächer sind und Nazis diesen Raum lassen. Die Defizite, die sich Staat oder Zivilgesellschaft leisten, die werden von gut organisierten Nazis knallhart ausgenutzt. Und andererseits: Will man ihnen entgegenreten und ihnen den Aktionsraum nehmen, muss man gute, starke Angebote machen.

Verschiedene Untersuchungen belegen immer wieder, dass ökonomische und soziale Unsicherheiten Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Bevölkerung befördern. Oft geht dies auch mit einer Abwertung »des anderen« oder »der Fremden« einher. Ist das der Bodensatz für rechtsextreme Einstellungen oder wäre dies zu kurz gegriffen?

STAUD Naja, zumindest erhöht ein Gefühl sozialer oder ökonomischer Unsicherheit offenbar die Anfälligkeit für rechtsextremistische Welterklärungen. In diesem Zusammenhang fällt mir übrigens immer wieder eines auf: die geringe Bereitschaft unter Linken und Antifaschisten, danach zu fragen, was denn vermeintlich so attraktiv am Rechtsextremismus sein könnte, also zu fragen, warum sich Menschen zur NPD hingezogen fühlen. Und da kann man – verstehen Sie mich bitte nicht falsch – eine ganze Menge attraktiv finden. Rechtsextremismus bietet die Möglichkeit, sich selbst aufzuwerten. Er bietet einfache Erklärungen für alle Schlechtigkeiten der modernen Gesellschaft. Man kann sich ja – sobald man an die jüdische Weltverschwörung glaubt – die Weltpolitik ganz einfach erklären. Man kann für alles eine Erklärung finden und sich selbst irre klug

dabei fühlen. Und als Angehöriger der weißen Rasse ist man dann auch noch biologisch höherwertig. Es wundert mich daher nicht, dass in Zeiten sozialer und ökonomischer Verunsicherung manche Menschen sagen: Ok, ich suche mir meine politische Verortung eben in einem völkischen Kollektivismus. Es wundert mich deshalb nicht, wenn Leute dem Rechtsextremismus folgen. Vielmehr wundert mich, dass sich so viele Leute darüber wundern, dass es die Rechtsextremisten gibt – denn es ist eine Weltanschauung, die bei etlichen Menschen ein sozial-psychologisches Bedürfnis bedient.

Was würden Sie in diesem Zusammenhang von einem Wohlfahrtsverband wie der AWO erwarten?

STAUD In jedem Falle eine hohe Sensibilität und Aufmerksamkeit für das Thema. Zu realisieren, dass es ein Problem mit Rechtsextremismus in der Gesellschaft gibt. Und zwar nicht ein Problem mit 1,3 Prozent NPD-Wählern – sondern ein Problem mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft.

Zweitens ein Politikverständnis, das über Parteipolitik hinausgeht. Immer wieder treffe ich bei Recherchen darauf, dass Sportvereine, Kirchen oder Sozialverbände sagen, sie seien »unpolitisch« und »offen für alle«. Aus diesem falschen Verständnis von politischer Neutralität wird Rechtsextremisten Raum gelassen. Natürlich sollten Sozialverbände parteipolitisch neutral sein, aber sie sollten sich natürlich für demokratische Standards einsetzen. Sie sollten sich natürlich für Menschenrechte einsetzen. Sportvereine zum Beispiel können und müssen ganz selbstverständlich eine antirassistische Grundhaltung vermitteln: Zu den Grundregeln des Sports gehört nämlich, wie in der Gesellschaft, dass alle Menschen gleichwertig sind. Generell würde ich mir von Sozialverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen ein politisches Demokratieverständnis wünschen – dann ergibt es sich automatisch, dass sie reagieren, wenn sich Nazi-Eltern etwa in der Kita oder einem Sozialprojekt engagieren. Der Grundkonsens der Demokraten ist doch eigentlich ganz simpel: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes. Vielleicht kann man es unter dem Begriff einer menschenrechtsgebundenen Neutralität zusammenfassen, was ich von Sozialverbänden erwarte.

So etwa angesichts der mehr oder weniger versteckt geäußerten rassistischen Kommentare zum Flüchtlingsdrama im Mittelmeerraum?

STAUD Eindeutig ja. Hier wurde ja erkennbar eine Grundströmung bedient, statt sie zugleich konstruktiv und konfrontativ anzugehen. Oder wenn ein ehemaliger bayerischer Innenminister sinngemäß sagte, man müsse unterscheiden »in Ausländer, die uns nützen, und solche, die uns ausnützen«, dann wird bewusst ein Rahmen gesetzt, der eine völlig andere Debatte provoziert als ein Satz wie »Wir müssen unterscheiden in Migranten, die uns brauchen und die wir brauchen.« Sprich: Es wird lieber eine latente Fremdenfeindlichkeit bedient, statt das Flüchtlingsthema auf angemessene menschliche Weise anzugehen. Hier müsste erkennbar dagegeengehalten und eine andere Position eingenommen werden.

Abschließend gefragt: Was wäre der sinnvollste Umgang mit Rechtsextremismus?

STAUD Eine gelassene Ernsthaftigkeit mit dem Thema wäre sehr gut. Die übliche aufbrausende Empörung, dieses »Aufgeschrecktsein«, bringt nichts, sie führt jedenfalls nicht zu sinnvoller und dauerhaft wirksamer Politik. Ignorieren oder das angebliche »Nicht-überbewerten« wären ebenso fatal. Ernsthaftigkeit, eine Dauerhaftigkeit in der Auseinandersetzung sowie die Bereitschaft, über Einzelfälle und über einzelne Ereignisse hinaus sich mit den Ursachen zu beschäftigen und die dann auch anzugehen, darum geht es. ♥

INKLUSION

Rahmenbedingungen

Demok

Gleichheit

Die Gesellschaft

Innerer

Schleswig-Holstein für Demokratie und gegen rechts

Autor Michael Treiber

Ende Oktober 2013 fiel in der Landesgeschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein e.V. der Startschuss für das Landesprogramm für Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung. Als Träger dieses Programms eröffnete die AWO drei regionale Beratungsstellen in Flensburg, Itzehoe und Lübeck.

Engagement verstärken


Der AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V. ist bereits seit 2010 kooperierender Träger im landesweiten Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus im Rahmen des Bundesprogramms »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«. Durch das aktuelle angelaufene Landesprogramm verstärkt die AWO ihr Engagement in diesem Bereich und erweitert ihr inhaltliches Angebot vor Ort. Die regionalen Beratungsstellen sind an die lokalen IntegrationsCenter angebunden und erhalten über diese Zugang zu den bereits vorhandenen Kooperations- und Netzwerkstrukturen. Darüber hinaus wurde bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. eine landesweite Bildungs-, Beratungs- und Informationsstelle geschaffen. Auf diese Weise wird eine landesweite Beratungsstruktur im Kampf gegen Rechtsextremismus hergestellt, wie sie im Koalitionsvertrag der Landesregierung im Jahr 2012 anvisiert wurde.




Andreas Breitner (l.), Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, und AWO Landesgeschäftsführer Michael Selck beim offiziellen Startschuss des Landesprogramms.

Schwerpunkt Prävention

Der Schwerpunkt des Landesprogramms liegt im Bereich der Prävention. Durch Beratung und Fortbildung sollen die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus gestärkt und die Kultur der Demokratie und Toleranz gefördert werden. Das Beratungsangebot richtet sich an aktive Bündnisse und politisch Aktive, vor allem aber an Schulen und außerschulische Jugendeinrichtungen. Durch Bildungsarbeit soll dazu beigetragen werden, dass junge Menschen rechtsextremes Gedankengut erkennen und sich kritisch damit auseinandersetzen. Die Maßnahmen des Landesprogramms richten sich dabei an Kinder, Jugendliche und ihre Eltern, an Lehrer, Sozialarbeiter und Erziehende sowie an alle, die hauptberuflich oder ehrenamtlich pädagogisch arbeiten. Auf diese Weise soll eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für das Thema Rechtsextremismus erreicht werden.

Für die AWO Schleswig-Holstein e.V. bedeutet die Trägerschaft des Landesprogramms für Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung auch eine konsequente Fortführung ihres Engagements gegen Diskriminierung und für interkulturelle Verständigung, etwa durch den Report »Alltägliche Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein 2012«. 

 **Ansprechpartner** Michael Treiber, Leitung AWO Interkulturell
AWO Landesverband Schleswig-Holstein
Tel 0431 / 5114350 • **Mail** michael.treiber@awo-sh.de

 **Weitere Informationen** www.awo-sh.de

verbessern

ratieförderung

Freiheit

mitgestalten

Frieden

Bücher zum Thema



Die Panikmacher *Die deutsche Angst vor dem Islam Eine Streitschrift*

Patrick Bahners entlarvt in seiner lesenswerten Streitschrift die Vorurteile und den Populismus gegenüber dem Islam. Ein Buch, das die damit verbundenen Ressentiments und den Alltags-rassismus offenlegt.

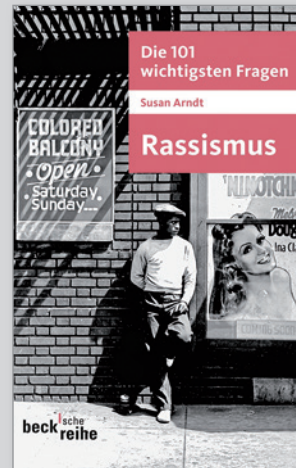
Verlag C.H. Beck, München 2011.
ISBN 978-3-406-61645-7



Das Buch gegen Nazis *Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann*

Die Autoren Holger Kulick und Toralf Staud, ausgewiesene Kenner zum Thema Rechtsextremismus, geben lebens- und praxisnahe Hinweise zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsextremisten. Ein Handbuch im besten Sinne.

Verlag Kiepenheuer & Witsch,
Köln, 3. aktualisierte Auflage 2012.
ISBN 978-3-462-04160-6



Die 101 wichtigsten Fragen zum Thema Rassismus.

Die Autorin Susan Arndt eröffnet Einblicke zu den verschiedenen Facetten des Begriffs Rassismus und seiner Inhalte. Eine gute und wichtige Einführung zum Thema.

Verlag C. H. Beck, München 2012.
ISBN: 978-3-406-63885-5



Neue Nazis *Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts*

Die Autoren Toralf Staud und Johannes Radke zeigen neue Entwicklungen des Rechtsextremismus jenseits der NPD auf und geben sehr gute Einblicke in Themen wie Rechtspopulismus, Autonome Nationalisten und Terror von rechts.

Verlag Kiepenheuer & Witsch,
2. Auflage 2012.
ISBN 978-3-462-04455-3



Deutsch sein und schwarz dazu *Erinnerungen eines Afro-Deutschen*

Theodor Michaels »Erinnerungen eines Afro-Deutschen« zeigen (leider) sehr eindrücklich, wie Vorurteile und Ressentiments gegenüber einer anderen Hautfarbe das Leben dieser Menschen in Deutschland bis heute negativ beeinflussen und bestimmen.

Deutscher Taschenbuch Verlag,
München 2013.
ISBN 978-3-423-26005-3

3

Fragen ... an Jörg Rodenbüsch

1 Wird das Thema »Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in deutschen Stadien« in öffentlichen Debatten überbewertet oder unterschätzt?

RODENBÜSCH Beides! Es wird, wie auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext, nicht reflektiert angegangen. Das führt zu den Extremen und zum Extremen. Viel zu oft wird das Thema vernachlässigt, um zu einem anderen Zeitpunkt explosionsartig dramatisiert zu werden. Es ist an der Zeit, diesbezüglich neue Wege zu gehen, neu zu denken, die Menschen dort abzuholen und dort zu beteiligen, wo sie sich befinden. Es muss zu einer Selbstverständlichkeit des gesellschaftlichen Miteinanders im Kampf gegen diskriminierendes Verhalten kommen. Im Fußballkontext werden diese Zusammenhänge für jeden offensichtlich, da dieser eine sehr hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfährt.

2 Gibt es weitere Gründe?

RODENBÜSCH Generell gibt es eine gewisse »Hilflosigkeit« der Institutionen im Umgang mit offensichtlich rassistischem und fremdenfeindlichem Verhalten. Die rechte Szene unterwandert spielerisch und subtil Lebensräume. Sie gehen dorthin, wo Menschen sich bewegen, sie »kümmern« sich, sie sorgen für Gemeinschaft und geradezu schleichend bringen sie ihre Symbole, ihre Musik, ihre Einstellung in dieses Gefüge mit ein. Dadurch werden nicht nur Räume, sondern auch Köpfe »besetzt«. Es läuft ein Versteckspiel und es greifen Verharmlosungsstrategien. Diese Räume dürfen nicht überlassen werden. Wir müssen uns ebenso dorthin bewegen und müssen Ressourcen dafür gewinnen, dass die Menschen mit ihren Sorgen und Bedürfnissen sich nicht selbst und damit rechten Szenen überlassen werden. Dabei bedarf es einer Ernsthaftigkeit im Umgang mit der Thematik und nicht ein reflexhaftes Empören. Das kontinuierliche Wirken mit Menschen, ohne Effekthascherei, bildet die Grundlage. Darauf können Projekte, Infobroschüren und gezielte Öffentlichkeitsarbeit aufbauen.

3 Worin sehen Sie die größten Herausforderungen für die sozialpädagogische Fanarbeit der AWO?

RODENBÜSCH Die Fanprojektstandorte leisten hervorragende Beziehungsarbeit, stemmen ein umfangreiches Veranstaltungsangebot und bieten zumeist die größten Jugendhäuser in ihren Kommunen, mit Besucherzahlen, die in die Hunderte gehen. Zugleich werden sie überall als Experten gesucht und abgerufen. Viele Standorte arbeiten mit 1,5 Stellen und sind jedes Wochenende mit zigtausenden Jugendlichen in der Republik unterwegs. Es muss gelingen, dass an jedem Standort mindestens drei Vollzeitstellen geschaffen werden; dass fachliche Entwicklung gewährleistet werden kann und dass es gelingt, Jugendhilfe und soziale Hilfe als wichtig und selbstverständlich zu etablieren.

Kurzum: In diesem speziellen Feld ist es wichtig, Fachlichkeit und Professionalität weiterzuentwickeln. Zugleich müssen Strukturen geschaffen werden, damit die engagierten Mitarbeiter nicht der Gefahr der »Selbstaussbeutung« unterliegen. Die sozialpädagogische Fanarbeit muss deshalb vernünftig personalisiert und ausgestattet werden. ❤️



Jörg Rodenbüsch

ist Sprecher des AWO Verbundes der Fanprojekte und beim AWO Landesverband Saarland für die Fanprojektarbeit verantwortlich.

Anständig bleiben

Autorin Mely Kiyak

Als ich die Bilder zum ersten Mal zu Gesicht bekam, war ich gerade im Ausland. Ich sah aufgebrachte Deutsche, die sich in einem Wohngebiet unweit meines Ostberliner Heimatbezirkes vor einem kargen, grauen Gebäude versammelten und sich vor Menschen, die geflohen sind und in unserem Land Schutz suchten, aufstellten, um ihnen Angst zu machen und den Hitlergruß zu zeigen. Ich sah Mitbürger, denen alle Empathie, alle Menschenwürde, vor allem sich selbst gegenüber, offensichtlich entglitten ist. Es waren meine Mitbürger, die es nicht aushalten, dass fünfzig vorwiegend aus Syrien und dem Irak stammende Menschen Zuflucht im Asylbewerberheim Berlin-Hellersdorf finden sollen, in einer europäischen Hauptstadt einer G8-Nation, einem der wirtschaftsstärksten Länder der Erde. Die Scham, die ich empfinde, wenn ich solche Bilder sehe, ist unbeschreiblich.

Als Kulturschaffende, Schriftstellerin, Journalistin, als politische Berichterstatlerin und Kolumnistin bin ich fassungslos über so viel entglittene Humanität. Unweit meines Berliner Büros kampieren seit einem Jahr Asylsuchende, die seit Jahren in Lebensumständen leben, unter denen ich, das weiß ich, längst verrückt geworden wäre.

Und immer wieder diese Fragen: Wie viel Anderssein hält eine Gesellschaft aus? Und warum haben Menschen, die ihren Wohlstand und ihre Sicherheit im Wesentlichen nur der Gnade ihres Geburtstortes zu verdanken haben, immer Angst, dass »der Fremde« ihre Sicherheit bedroht?

Ich beobachte, dass Roma in diesem Land genau unter der gleichen Verfolgung und Stigmatisierung leiden wie in jenen Ländern, aus denen sie kommen. Ich sehe, wie sie als Ruhestörer in den Medien behandelt werden, als Schmutzfinken der Nation. Ich sehe, dass rechte

Parteien politischen Profit aus Ressentiments gegen sogenannte andere ziehen. Politische Stiftungen haben herausgefunden, dass jeder dritte Ostdeutsche und jeder fünfte Westdeutsche ausländerfeindlich ist. Auch das eine Wahrheit: Islamfeindlichkeit und Antisemitismus sind das Aroma unseres Miteinanders.

Humanität und Respekt vor der Menschenwürde sind Gütezeichen eines Charakters, und es ist eine Frage der Ehre, nicht menschenfeindlich zu sein. Teilen, schützen und trösten sind wichtige Bestandteile einer Kulturgemeinschaft und weniger die Anzahl der Goethemuseen und Schillergedenktage. Die Kultiviertheit einer Nation zeigt sich nicht an ihrem Bücherkonsum und an der Anzahl ihrer Theaterbesuche, sondern an ihrem Verhalten anderen Menschen gegenüber, wenn diese in Not geraten oder nicht aussehen wie man selbst, eine andere Sprache sprechen, andere Tänze tanzen, andere Geschichten erzählen, anders beten, essen oder trinken.

Ich habe keine Ahnung, warum ich kein rassistischer Mensch geworden bin. Weshalb ich auch keine Erklärung dafür habe, warum es andere sind. Aber ich habe auch keine Muße, mir darüber Gedanken zu machen, warum Menschen Hässlichkeiten begehen. Ich habe einfach für mich beschlossen, dass ich keinen Hass und Groll gegen Menschen hege. Egal, woher sie kommen, wer sie sind und wie sie leben. Und ich hoffe auf Gleichgesinnte. Es ist eigentlich ganz einfach: anständig bleiben! ❤



Mely Kiyak
lebt als Publizistin,
Autorin und Kolumnistin
in Berlin.

IM NÄCHSTEN HEFT

Zukunft der Arbeit.

Fairer Lohn für gute Arbeit. Jugendarbeitslosigkeit in Europa.
Jobs in der Freien Wohlfahrtspflege. Nur einige Themen,
die in der kommenden AWO Ansicht vertieft und diskutiert werden.

